

Schweizerische Hochschulpolitik im Jahre 1994

Autor(en): **Miller, Adnreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **21 (1995)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-894259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizerische Hochschulpolitik im Jahre 1994

Andreas Miller

Wenn man in einem Jahresbericht über die Hochschulpolitik nur das wichtigste Problem behandeln würde, so würde es seit Jahren heissen «Mehr Studenten und weniger Geld». Das gilt auch für unser Berichtsjahr. Aus den beiden Entwicklungen ergibt sich ein immer kleinerer finanzieller Aufwand pro Studenten. Innerhalb von zehn Jahren haben die eidgenössischen und kantonalen Ausgaben pro Studenten um einen Viertel abgenommen. – Bereits zu Beginn des Jahres 1990 setzte die Hochschulplanungskommission als «vernünftige» Zielgrösse ein reales Wachstum der Ausgaben für die Hochschulen auf jährlich drei Prozent fest. Die Hochschulkantone erklärten sich ausserstande, für diese Entwicklung allein aufzukommen. Die Hochschulkonferenz, in der die Vertreter der Kantone dominieren, forderte vom Bund, dass er zwei Drittel des Zuwachses übernehme und damit seinen Anteil an den Betriebskosten der kantonalen Hochschulen stufenweise von etwa 16 auf 21 Prozent erhöhe. Tatsächlich wurden die Beiträge an die Betriebskosten der kantonalen Hochschulen nach den Sparmassnahmen in der Periode 1992–1995 auf 1442'8 Millionen oder 14% reduziert. In der Botschaft, mit welcher der Bundesrat Kredite zugunsten von Hochschulen und Forschung für die Jahre 1996–1999 beantragt, heisst es auch mit Recht, die Wissenschaftsförderung sei im Bundesbudget der letzten Jahre zu einer nachrangigen Aufgabe, einer «Posteriorität» geworden.

Die, für die Hochschulen lebensnotwendigen Beiträge an die Betriebskosten haben unter den Sparübungen besonders gelitten. «Die vor allem der Lehre zugutekommenden Beiträge an die acht Trägerkantone haben in den letzten zehn Jahren mit den anderen Aufwendungen des Bundes für die Wissenschaft (einschliesslich der ETH) nicht Schritt gehalten». Sie werden in Zukunft für weniger als 15% der Betriebskosten reichen. Der Rückgang der Bundesunterstützung ist um so gravierender, als «die Hochschulkantone nicht nur den Ausfall der Bundesbeiträge nicht wettmachen konnten, sondern ihrerseits die Universitätsbudgets plafonieren oder gar kürzen mussten» (Hochschulplanungskommission, Mehrjahresplan 1996–1999 der Schweizerischen Hochschulen, Bern 1994, S. 2/3).

Gegen die finanzielle Misere im Hochschulbereich werden seit Jahren die gleichen Heilmittel empfohlen: Koordination und Rationalisierung. In den von der Planungskommission ausgearbeiteten Leitlinien der Hochschulplanung 1996–1999 werden die denkbaren Formen der Koordination aufgelistet, wobei sofort einschränkend festgestellt wird, «die universitäre Koordination (sei) doch ein ausserordentlich schwieriges und delikates Unterfangen, das mit Umsicht (dieses Wort betont) angegangen werden muss».

An «Umsicht» hat es offensichtlich bei den Bemühungen um die Koordination der

Architekturausbildung gefehlt. Der massive Druck auf Genf, die traditionsreiche Architekturschule aufzugeben, hat viel Porzellan zerschlagen und nur zu einer halbherzigen Lösung geführt. Besonders ärgerlich ist dabei die Tatsache, dass zu gleicher Zeit, als der Direktor der Gruppe für Wissenschaft und Forschung verbissen um die Reduktion der Zahl der Ausbildungsstätten für Architektur kämpfte, eine neue Architekturschule im Kanton Tessin gegründet wurde. In jenem Kanton, der als Vollmitglied dem neuen Koordinationsorgan CUSO angehört (Hochschulkonferenz der westlichen Schweiz), in dem sowohl die EPF Lausanne als auch die Universität Genf Mitglieder sind.

Koordination ist keine Entdeckung der letzten Jahre. Die Koordinationsaufgabe stand seit den Anfängen der Hochschulkonferenz im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. (Die Hochschulkonferenz hat 1994 ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert.) Was wurde in diesen 25 Jahren erreicht? Von «oben» angeregt, eine gewisse Aufgabenteilung in der Pharmazie und der Architektur (Beides in Welschland). Von unten, die – wie es scheint – gut funktionierende BENEFRI (die Zusammenarbeit zwischen den drei Universitäten Bern, Neuchâtel und Fribourg) und die 1994 gegründete Vereinbarung der Kantone und Universitäten der Westschweiz (CUSO). Die Gründung dieses letzten Gremiums, das die frühere, nicht sehr effiziente «Conference universitaire romande» ersetzt, wurde von Rektor Ducrey als «le big bang de la coordination universitaire en Suisse occidentale» bezeichnet. Man hat allerdings den Eindruck,

dass die universitäre Koordination sich bis heute weitgehend auf gut gemeinte Pläne und auf die Schaffung nicht sehr effizienter Organe beschränkt. Frau Bundesrätin Dreyfuss hatte keine Hemmungen, dies zu kritisieren. Die bisher praktizierte Koordination erschöpfe sich in der Regel in Empfehlungen. Wenn jede Hochschule der andern mitteile, was diese eigentlich tun könnte, führe das letztlich zu nichts.

Wollen die Hochschulen überhaupt eine verstärkte Koordination? Diese Frage muss bejaht werden, wobei eine wirklich funktionsfähige Kooperation nicht von oben und nicht auf Befehl des Bundes erfolgen müsste. Rektor Weber setzte anlässlich des Genfer Dies academicus das schöpferische Chaos der zentralistischen Planung gegenüber, um sich dann dafür einzusetzen, dass die Kompetenzen auf der Ebene der Universitäten bleiben.

Im eigentlichen Hochschulbereich müssten als erwähnenswert – neben den Koordinationsbemühungen in der westlichen Schweiz – zwei Ereignisse genannt werden: die Gründung der neuen Hochschule im Tessin und die Einführung des Numerus Clausus in der Medizin. Der Kanton Tessin bemüht sich seit Jahren um die Schaffung einer eigenen Hochschule. Seit Jahren amtiert ein besonderer Beauftragter für Universitätsfragen, und von ihm kam auch eines der drei Projekte für eine Hochschule. Realisiert wurden die beiden anderen Projekte: die Architekturakademie, die Schöpfung des «Star-Architekten» Mario Botta, und die Hochschule für Kommunikationswissenschaften nach den Plänen des Luganeser Stadtrates. Die beiden Lehr-

anstalten bilden formell ein zweiköpfiges Gebilde, ohne dass sie räumlich zusammengelegt wären.

Eine kaum lebensfähige Geburt, da die Doppel-Hochschule nicht auf die – für jede kantonale Hochschule notwendige Unterstützung des Bundes zählen kann. In der Idee der Universität ist eine Vielzahl der Fakultäten enthalten, die sich gegenseitig beeinflussen sollten. Brauchen die Wirtschaftswissenschaftler Kenntnisse der Architektur? Brauchen umgekehrt die angehenden Architekten Grundkenntnisse der Kommunikationswissenschaften? Kaum. Wenn schon, dann müsste eine humanistisch ausgerichtete Architekturschule durch eine philosophische Fakultät «ergänzt» werden, mit Unterricht in Geschichte, in Kunsttheorie und Ästhetik und in modernen Sprachen, inklusive vertieften Studien über die betreffenden Kulturkreise. Wer wird auch die – im schweizerischen Vergleich horrenden Studiengebühren in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung bezahlen, wenn er viel billiger an der international als hervorragend eingestuften St. Galler Hochschule studieren kann? Der Optimismus der Tessiner Behörden ist überwältigend. Hat man vielleicht einen «Kommunikations-Botta» gefunden, der dank seiner Ausstrahlung die Hörsäle der Luganeser Abteilung füllen würde?

Und der Numerus Clausus? Eine eigenartige Geschichte, die den Beteiligten kein gutes Zeugnis ausstellt. Gerade jene Kantone, für welche die Einschränkung der Zahl der Medizinstudenten notwendig wäre, haben es verpasst, rechtzeitig eine

solide gesetzliche Grundlage für die heiklen Massnahmen zu schaffen. Die Bemühungen, das Verpasste nachzuholen, zeigen deutlich, wie umstritten und unpopulär die Beschränkung der Studienfreiheit ist. Nach einem gescheiterten Versuch in Zürich – übrigens mit dem genialen Einfall, zum Kriterium der Auslese nicht irgendwelche Leistungen, sondern das Alter der Kandidaten zu nehmen – ein Kriterium, dessen Objektivität von Niemandem in Frage gestellt werden könnte – wartet man gespannt auf Beschlüsse der kantonalen Parlamente. Inzwischen bleibt den medizinischen Fakultäten nichts anderes übrig, als eine weitere Verschärfung der inneruniversitären Auslese.

Der eigentliche Hochschulbereich ist eng mit anderen Bereichen verbunden. Die Bedeutung der Wirtschaft wird klar durch die finanzielle Situation und ihre Konsequenzen belegt. Zu den für die Hochschulen besonders wichtigen Bereichen gehört der Gesamtbereich der Bildung und der Bereich der Forschung. Im Berichtsjahr sind zwei Ereignisse im Bereich der Bildung für die Hochschulen relevant: die neue Maturitätsverordnung und die Aufwertung der Fachschulen zu Fachhochschulen. Über die Bemühungen um die Reform der geltenden Maturitätsverordnung wurde in unserem Bulletin ausführlich berichtet. Die Vereinigung nahm auch zweimal zu den Projekten Stellung. Kurz zusammengefasst: Der Kampf um die neue Regelung ist zu einem Politikum geworden (oder ist es von Anfang an gewesen?): Mit der am Ende beschlossenen Lösung sind nicht alle Hochschulkreise einverstanden, nament-

lich aus Angst, dass das Niveau der Maturität nicht gehalten wird und dass die Herabsetzung des Niveaus auch zur weiteren Steigerung der Studentenzahlen führen würde. Nachdem jedoch die beiden federführenden Gremien – die Erziehungsdirektorenkonferenz und das Departement von Frau Dreyfuss – die mühsam ausgearbeitete Lösung unterstützen, können die Proteste einiger Gymnasiallehrer und der beiden Zürcher Rektoren nicht mehr viel ausrichten. Es ist nur zu hoffen, dass der neue Schlauch – der von dem alten nicht sehr verschieden ist – mit gutem Wein gefüllt wird, Darüber werden allerdings nicht Politiker und nicht Bildungsgelehrte, sondern die einzelnen Lehrer entscheiden.

Neben Geschäften, die während Jahrzehnten reifen müssen, um am Schluss eine nicht gerade grosse Maus zu gebären, gibt es offensichtlich auch andere, die im atemberaubenden Tempo erledigt werden. Dazu gehört das «Upgrading» der Fachschulen, ausgerechnet ein Geschäft, bei dem man sich ein tastendes, vorsichtiges, gut überlegtes Vorgehen wünschen würde. Die Umwandlung per Dekret einiger Hundert Fachlehrer in Hochschuldozenten, die den heutigen Universitätsprofessoren «gleichwertig, aber andersartig» sein sollten, ist ein heikles Unterfangen. Woher sollen aber die Dozenten sonst kommen? Die neuen Hochschulen werden den eigenen akademischen Nachwuchs nicht «produzieren», da sie weder über das Promotions-, noch erst recht über das Habilitationsrecht verfügen werden. Rund 5,4 Milliarden Franken wird voraussichtlich Bund und Kantone für den Umbau der Höheren Fach-

schulen in Fachhochschulen zwischen 1996 und 2003 aufwenden müssen. Rund einen Drittel der Gesamtkosten soll der Bund übernehmen. Die über 40 ausgewählten Lehranstalten sollen in zehn Fachhochschulen zusammengefasst werden. Das grosse Problem liegt darin, dass eine blossige Umbenennung aus den Fachschulen noch keine den bestehenden Universitäten «gleiche, obwohl andersartige» Hochschulen macht. Darüber, ob das Hochschulniveau tatsächlich erreicht wurde, wird weitgehend das Ausland entscheiden, indem die Diplome der neuen Hochschulen europaweit anerkannt oder auch nicht anerkannt werden. Auch hier kommt den Lehrkräften die entscheidende Rolle zu. In seinem Beitrag in der NZZ vom 4./5. Juni 1994 schreibt «hag»: die Dozentinnen und Dozenten der neugeschaffenen Fachhochschulen müssen «verstärkten Praxisbezug, wissenschaftliche Fachkompetenz und den Willen zu Weiterbildung und Forschung mit viel methodisch-didaktischem Know-how für die neuen Unterrichtsformen paaren». Mit Recht befürchtet er, dass sich in dieses anspruchsvolle Profil nicht alle Lehrkräfte bestehender Höherer Fachschulen einpassen werden.

Aus dem von uns erwähnten zweiten, für die Hochschulen besonders relevanten Bereich, aus dem Bereich der Forschung, wollen wir nur *ein* Ereignis erwähnen: die Zusammenarbeit mit der EU. Sie wird die Schweiz viel Geld kosten. Der vom Parlament bereits 1992 beschlossene Kredit von 477 Mio Fr. soll – um die Beteiligung an verschiedenen Forschungsprogrammen bis 2000 zu sichern – um weitere 554 Mio Fr.

ergänzt werden. Die allgemeine Begeisterung der Forscher für die Erschliessung neuer Gebiete für ihre Tätigkeit wurde etwas gedämpft, als es klar geworden ist, dass diese massive Aufstockung des Kredits durch Kürzungen der Aufwendungen für die innerschweizerische Forschung kompensiert wird (wobei dies nicht auf Kosten der Hochschulen und der Grundlagenforschung geschehen soll). Frau Bundesrätin Dreyfuss verteidigte in einem Interview mit der NZZ die Kürzungen mit dem Argument: die Schweizer Forscher, wenn sie gut genug sind, würden einfach das Geld, das sie sonst in Bern erhalten, in Brüssel bekommen. «Die europäische Forschung ist ja in vielen Bereichen deckungsgleich mit unseren eigenen Nationalen Forschungsprogrammen, den Schwerpunktprogrammen oder der Ressortforschung.» (NZZ, 25./26. Juni 1994). Ist der Optimismus von Frau Dreyfuss berechtigt? Eine klare Warnung kommt von unserem nördlichen Nachbarn: «Das berühmte Prinzip der Attribution (d.h. Abzug nationaler Forschungsgelder zugunsten der Beiträge an

die EU) hat die Grundlagenforschung in einigen europäischen Ländern stark geschwächt, wenn nicht sogar an den Rand des Ruins gebracht. Wir sollten in Deutschland nicht die Fehler begehen, aus denen die Briten jetzt zu lernen beginnen.» Der, der das sagt, kennt gut die Mechanismen, welche die verschiedenen Formen der Forschung beherrschen. Es ist Prof. Frühwald, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Deutsche Universitätszeitung, 13.1.1995). Glaubt Herr Frühwald, dass die deutschen Forscher nicht gut genug sind, um sich in Brüssel durchzusetzen? Oder kennt er einfach die Brüsseler Forschungsbürokratie besser als Frau Bundesrätin Dreifuss? Darf unser Land, für das die Forschung in allen ihrer Formen von vitaler Bedeutung ist, die Gefahren einer «Attribution» ausser Acht lassen und auch hier der Sanierung der Bundesfinanzen die höchste Priorität einräumen? Der Verfasser dieses Berichtes, wie die meisten seiner Kollegen, würde diese Frage mit einem ganz bestimmten «Nein» beantworten.

La politique universitaire suisse en 1994 (résumé)

Andreas Miller

Le problème central de l'année en question se situe de nouveau dans le contexte «plus d'étudiants, moins de moyens financiers». La participation de la Confédération couvre à peine 14% des frais d'exploitation des universités. Il est conseillé de parer à la misère financière au moyen de la coordination. Celle-ci n'est pas toujours envisagée avec circonspection (que l'on prenne pour exemple les efforts de la Confédération en vue de la réduction du nombre des écoles d'architecture). On peut citer comme bon exemple de «coordination par le bas» la création de la CUSA (Conférence Universitaire de la Suisse Occidentale). – Une nouvelle université pour le Tessin. – Les

efforts pour l'introduction d'un numerus clausus pour les études de médecine.

Deux événements dans le cadre de l'éducation générale sont relevant pour les universités: La réforme de l'ordonnance sur la maturité et l'«upgrading» des écoles techniques. Leur succès dépendra de la compétence des enseignants et de leur ouverture pour la nouveauté.

L'extension de la coopération avec l'Union européenne sera d'une importance capitale pour les universités. Le principe d'attribution utilisé ici, soit la compensation des montants versés à l'UE par des coupures dans les programmes nationaux de recherche est controversé.